Stand: 16.12.2025 00:23:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18120

"Ermöglichung nötiger Investitionen in bayerische Infrastruktur, Bildung und Forschung mit einem Deutschlandfonds"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18120 vom 01.10.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/19234 des HA vom 25.11.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 99 vom 07.12.2021
4. Beschluss des Plenums 18/19845 vom 25.01.2022
5. Plenarprotokoll Nr. 102 vom 25.01.2022

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 01.10.2021 **Drucksache** 18/**18120**

Antrag

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang, Uli Henkel, Martin Böhm, Josef Seidl, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

Ermöglichung nötiger Investitionen in bayerische Infrastruktur, Bildung und Forschung mit einem Deutschlandfonds

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Schaffung eines „Deutschlandfonds“ mit der Aufgabe einer Erhöhung und Verstetigung von staatlichen Investitionen in Infrastruktur und Humankapital nach Vorbild des Vorschlags des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Köln und des Wissenschaftlichen Beirates des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) einzusetzen.

Begründung:

Fast drei Viertel der bayerischen Unternehmen geben an, dass ihre betrieblichen Geschäftsabläufe regelmäßig durch Infrastrukturprobleme in Bayern beeinträchtigt werden.[1] Besonders schwach ist die Entwicklung bei den öffentlichen Bauinvestitionen, v. a. auf kommunaler Ebene.[2] In Bayern können die Kommunen im Durchschnitt weniger als 15 Prozent ihrer Gesamtausgaben für Bauten aufwenden.[3] Fast die Hälfte der Autobahnbrücken wurde zwischen 1965 und 1975 gebaut.[4] Es fehlen staatliche Kapitalausgaben nicht nur für die Modernisierung, sondern auch für Zukunftsinvestitionen, z. B. im Bereich der Digitalisierung. So lag die Verfügbarkeit von FTTP-Anschlüssen im bayerischen ländlichen Raum bei nur 5,6 Prozent (der EU-Durchschnitt liegt bei 17,5 Prozent).[5]

Das MIWI-Institut für Marktintegration und Wirtschaftspolitik hat anhand von Studien des IW Köln ermittelt, dass bei der bayerischen Wirtschaft bis zum Jahr 2030 eine staatliche Investitionslücke von ca. 70 bis 83 Mrd. Euro besteht, die das zukünftige Wirtschaftswachstum, die Unternehmensproduktivität und die soziale Wohlfahrt in Bayern gefährdet.[6]

---

1 Grömling, M., Puls, T. (2018). Infrastrukturmängel in Deutschland – Belastungsgrade nach Branchen und Regionen auf Basis einer Unternehmensbefragung. IW Köln. URL: https://www.iwkoeln.de/studien/iw-trends/beitrag/michael-groemling-thomas-puls-infrastrukturmaengel-in-deutschland-393482.html

2 KfW Research (2020): KfW-Kommunalpanel 2021. URL: https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Kommunalpanel/KfW-Kommunalpanel-2021.pdf

3 Hüther M., Kolev G. (2019). Investitionsfonds für Deutschland. IW Köln. URL: https://www.iwkoeln.de/studien/iw-policy-papers/beitrag/michael-huether-galina-kolev-investitionsfonds-fuer-deutschland.html

4 BMVI (2016). Stand der Ertüchtigung von Straßenbrücken der Bundesfernstraßen. URL: https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/StB/bericht-stand-der-modernisierung-von-strassen-bruecken-2016.pdf?__blob=publicationFile

5 European Commission (2021). Broadband Connectivity in the Digital Economy and Society Index. URL: https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/desi-connectivity

6 Kofner Y. (2021). Enabling massive infrastructure and human capital investment with a Deutschlandfonds. MIWI Institute. URL: https://miwi-institut.de/archives/1136

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Um diese Lücke zu schließen, bedarf es nicht nur zusätzlicher staatlicher Investitionen in dieser Höhe in Infrastruktur (Transport, Kommunikation, Digitales) und „Humankapital“ (Bildung, Forschung, Familien, Gesundheit), sondern v. a. einer Verstetigung dieser staatlichen Kapitalausgaben, welche unabhängiger vom Konjunktur- und Wahlenzyklus sein soll und somit den Baufirmen sowie privaten Investoren mehr Planungssicherheit gewährleisten wird.

Gleichzeitig muss diese Mehrfinanzierung mit der verfassungsmäßigen Schuldenbremse für Bund und Länder vereinbar sein, bürokratische Hemmnisse für die Genehmigung von Investitionsprojekten müssen abgebaut und die Planungskapazitäten von Kommunen muss erhöht werden.

Um diese Aufgaben zu erfüllen, schlagen führende Wirtschaftsinstitute wie das IW Köln[7], das ifo Institut für Wirtschaftsforschung[8], der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung[9] und der Wissenschaftliche Beirat des BMWi[10] die Schaffung eines „Deutschlandfonds“ auf Bundesebene vor.

Als rechtlich selbstständige Person des öffentlichen oder privaten Rechts wäre der „Deutschlandfonds“ mit der Schuldenbremse vereinbar und könnte auf Antrag der Länder und Kommunen Kapital für deren Investitionsprojekte zur Verfügung stellen.

Im Weiteren könnte dieser Investitionsfonds auch das Problem der Knappheit an qualifizierten Planungskapazitäten für Bauverwaltungsprojekte bei den Kommunen mildern, indem diese auf Vertragsbasis die Anhörungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren auf den „Deutschlandfonds“ auslagern könnten.[11,12]

Bei der Schaffung dieses Investitionsfonds ist darauf zu achten, dass er nicht an den üblichen Problemen staatlicher Unternehmen wie Ineffizienz und Korruption leiden wird. Er sollte daher nach strengen Transparenzregeln und mit einer Trennung von Planungsleistungen, Genehmigungsverfahren der Anträge der Gebietskörperschaften und Controlling arbeiten. Empfehlenswert wäre eine laufende parlamentarische Kontrolle über die Fondsaktivitäten mit gewissen Vetorechten, z. B. wie bei der Kontrollkommission des Bayerischen Landtags über die Aktivitäten des BayernFonds bzw. der Bayerischen Finanzagentur GmbH.[13]

Modell-Rechnungen des IW Köln zeigen, dass die Mehrinvestitionen solch eines „Deutschlandfonds“ das Wachstum des bayerischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in diesem Jahrzehnt auf 2,3 Prozent jährlich anheben würden.[14] Das wäre um 140 Basispunkte höher als das vom ifo Institut für diesen Zeitraum prognostizierte langsame bayerische Wirtschaftswachstum von nur 0,9 Prozent jährlich.[15]

---

[7] Hüther M. (2020). Ein Deutschlandfonds mit 450 Milliarden Euro macht unser Land fit für die Zukunft. IW Köln. URL: https://www.iwkoeln.de/presse/in-den-medien/beitrag/michael-huether-ein-deutschlandfonds-mit-450-milliarden-euro-macht-unser-land-fit-fuer-die-zukunft.html

[8] Fuest C. (2021). Die Schuldenbremse abzuschaffen lohnt sich nicht. ifo Institut. URL: https://www.ifo.de/publikationen/2021/ifo-standpunkt/die-schuldenbremse-abzuschaffen-lohnt-sich-nicht

[9] Grimm V. et al. (2021). Investitionen für nachhaltiges Wachstum in Deutschland: Status quo und Perspektiven. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR). Veröffentlicht im Wirtschaftsdienst (ZBW). URL: https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2021/heft/3/beitrag/investitionen-fuer-nachhaltiges-wachstum-in-deutschland-status-quo-und-perspektiven.html

[10] BMWi (2020). Öffentliche Infrastruktur in Deutschland: Probleme und Reformbedarf. URL: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Ministerium/Veroeffentlichung-Wissenschaftlicher-Beirat/gutachten-oeffentliche-infrastruktur-in-deutschland.pdf

[11] Puls T. (2020). Jenseits des Geldes. Was behindert den Infrastrukturausbau in Deutschland. IW Köln. URL: https://www.iwkoeln.de/studien/iw-reports/beitrag/thomas-puls-was-behindert-den-infrastrukturausbau-in-deutschland.html

[12] Freshfields (2017). Möglichkeiten zur Beschleunigung der Planung und Genehmigung von Verkehrsprojekten. URL: https://www.promobilitaet.de/fileadmin/user_upload/PDF_Allgemein/Verbaende_Gutachten_Planungsbeschleunigung.pdf

[13] Gesetz über einen BayernFonds und eine Bayerische Finanzagentur (2020). URL: https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayFoG

[14] IW Köln (2019). Für eine solide Finanzpolitik: Investitionen ermöglichen! URL: https://www.iwkoeln.de/studien/iw-policy-papers/beitrag/hubertus-bardt-michael-huether-investitionen-ermoeglichen.html

[15] ifo Institut (2019). Wachstum und Produktivität 2035 – Innovations- und Produktivitätslücken auf Ebene der Bundesländer. URL: https://www.ifo.de/publikationen/2019/monographie-autorenschaft/wachstum-und-produktivitaet-2035-innovations-und

Die Finanzierung des „Deutschlandfonds“ kann durch Einsparungen staatlicher Ausgaben an anderen Stellen gewährleistet werden. So beliefen sich z. B. die durchschnittlichen fiskalischen Kosten für die Unterbringung und Integration von Asylbewerbern auf 35,6 Mrd. Euro pro Jahr (2016 bis 2019). Das ist wiederum mehr als die kombinierten jährlichen Bundesausgaben für Bildung, Forschung und Gesundheit im Jahr 2019.[16]

[16] Kofner Y. (2021). Reforming Germany's migration policy: fairer, more humane, economy-oriented. MIWI Institute. URL: https://miwi-institut.de/archives/1065

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 25.11.2021 **Drucksache** 18/**19234**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 18/**18120**

Ermöglichung nötiger Investitionen in bayerische Infrastruktur, Bildung und Forschung mit einem Deutschlandfonds

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Ferdinand Mang**
Mitberichterstatter: **Bernhard Pohl**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 114. Sitzung am 28. Oktober 2021 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Zustimmung
   SPD: Ablehnung
   FDP: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat den Antrag in seiner 25. Sitzung am 25. November 2021 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Zustimmung
   SPD: Ablehnung
   FDP: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen, auch die AfD-Fraktion. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 17. November 2021 (Vf. 57-VII-21) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 82 Abs. 1 und 2 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-B), die zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 25. Mai 2021 (GVBl. S. 286) geändert worden ist

   PII-G1310.21-0023
   Drs. 18/19366 (G)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

   I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren:
   II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Ablehnung“** zugrunde zu legen.

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 25. November 2021 (Vf. 60-VII-21) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der §§ 2 bis 5, 10, 11, 14 und 15 der Fünfzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (15. BayIfSMV) vom 23. November 2021 (BayMBl. Nr. 816, BayRS 2126-1-19-G)

   PII-G1310.21-0024
   Drs. 18/19358 (G)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

   Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	A	ENTH	Z

Europaangelegenheiten

3. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

   Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen Neue EU-Waldstrategie für 2030
   COM(2021) 572 final
   BR-Drs. 722/21
   Drs. 18/18668, 18/19273 (E)

   Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

   Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen und um Berücksichtigung der Bedenken im weiteren Verfahren gebeten.

   Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

4. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Verkehr
Eine Drohnen-Strategie 2.0 für Europa zur Förderung einer nachhaltigen und intelligenten Mobilität
08.10.2021 - 31.12.2021
Drs. 18/18669, 18/19286 (E) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19286 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

5. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Umwelt
Schutz der Meeresumwelt – Überprüfung der EU-Vorschriften
22.07.2021 - 21.10.2021
Drs. 18/18077, 18/19287 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19287 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

6. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Umwelt
Integrierte Wasserbewirtschaftung – überarbeitete Listen von Schadstoffen in Oberflächengewässern und im Grundwasser
26.07.2021 - 01.11.2021
Drs. 18/18078, 18/19288 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19288 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

7. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Umwelt
Luftqualität – Überarbeitung der EU-Vorschriften
23.09.2021 - 16.12.2021
Drs. 18/18272, 18/19289 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19289 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

8. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Binnenmarkt
Tourismusleistungen – Initiative zu kurzfristigen Vermietungen
27.09.2021 - 13.12.2021
Drs. 18/18273, 18/19290 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19290 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	ENTH	Z

Anträge

9. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Florian von Brunn u.a. SPD
„Housing First“ – BayernHeim soll auch für Wohnungslose bauen
Drs. 18/12354, 18/19236 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunale Finanzen sichern –
Gerechte Grundsteuer in Bayern verwirklichen
Drs. 18/16017, 18/19220 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

11. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Recyclingpotenziale ausschöpfen – Kunststoffabfälle getrennt sammeln
Drs. 18/17123, 18/19362 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Jürgen Baumgärtner, Alexander König, Jochen Kohler u.a. CSU
Reduzierung des Schwefelgehalts im Kerosin
Drs. 18/17125, 18/19245 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Martin Schöffel, Eric Beißwenger u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Moorforschungsprogramm Bayern: Mit Mooren für den Klimaschutz
Drs. 18/17495, 18/19265 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
„Bayern barrierefrei“ weiter konsequent umsetzen
Drs. 18/17538, 18/19224 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Christian Klingen, Ralf Stadler AfD
Exportverbot von Zucht- und Schlachttieren in Länder außerhalb der EU
Drs. 18/17577, 18/19246 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

16. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Den besten Freund des Menschen schützen I – Registrierungspflicht von Hundewelpen umgehend einführen
Drs. 18/17700, 18/19247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

17. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Den besten Freund des Menschen schützen II – Illegale Hundetransporte in Bayern registrieren, stärker kontrollieren und sanktionieren
Drs. 18/17701, 18/19248 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	A

18. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Den besten Freund des Menschen schützen III – Welpenhandel über das Internet einschränken
Drs. 18/17702, 18/19249 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

19. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Den besten Freund des Menschen schützen IV – Hundeführerscheine für Ersthundekäufer
Drs. 18/17703, 18/19250 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

20. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Den besten Freund des Menschen schützen V – Tierschutz im Heimtierbereich sicherstellen, verbindliche Qualitätsstandards sicherstellen
Drs. 18/17704, 18/19251 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Entsorgungsproblematik von Windkraftanlagen endlich begegnen!
Drs. 18/17809, 18/19252 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Verbraucher aufklären statt bevormunden – Einführung einer Fleischsteuer verhindern!
Drs. 18/17810, 18/19203 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

23. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Ruth Müller u.a. SPD
Verkehrswende weiß-blau: Mut zum klimafreundlichen öffentlichen Verkehr der Zukunft
Drs. 18/17815, 18/19238 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

24. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Horst Arnold u.a. SPD
Wie wollen die Menschen in Bayern wohnen? – Studie zur Entwicklung des Wohnverhaltens und von Wohnkonzepten
Drs. 18/17819, 18/19239 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Expertenanhörung: Aufklärung und Hilfe für Opfer sexuellen Missbrauchs in der evangelischen Kirche in Bayern
Drs. 18/17843, 18/19225 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

26. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Expertenanhörung: Aufklärung und Hilfe für Opfer sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche in Bayern
Drs. 18/17844, 18/19226 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

27. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Aussteigerprogramme für Anhänger von Extinction Rebellion
Drs. 18/17882, 18/19349 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

28. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU
Frühzeitig EU-Batterieverordnung beeinflussen – Lithium-Ionen-Akkus stärker berücksichtigen
Drs. 18/17927, 18/19363 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Klimapartnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern ausbauen
Drs. 18/18037, 18/19351 (A)

auf Antrag der SPD-Fraktion Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt- und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	A	Z	Z

30. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
Verzögerungen beenden, Verantwortung gerecht werden – PCR-Pooltests in Kitas endlich auf den Weg bringen
Drs. 18/18069, 18/19228 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Klimaanpassung statt CO_2-Vermeidung – Aktionistischen Klimaschutz beenden und wirtschaftlich tragbare Lösungen auf den Weg bringen
Drs. 18/18105, 18/19364 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

32. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Innovative Sonderwirtschaftsregionen in Bayern einführen!
Drs. 18/18118, 18/19221 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

33. Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Kostenerstattung für staatliche Hochbaumaßnahmen beschleunigen
Drs. 18/18119, 18/19223 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

34. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang u.a. und Fraktion (AfD)
Ermöglichung nötiger Investitionen in bayerische Infrastruktur, Bildung und Forschung mit einem Deutschlandfonds
Drs. 18/18120, 18/19234 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

35. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. SPD
Sonderfonds zur Beseitigung der Altlasten in Altenstadt a.d. Waldnaab, Neustadt a.d. Waldnaab und Windischeschenbach
Drs. 18/18122, 18/19237 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	A

36. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Kinder vor Missbrauch schützen: Präventionsprogramm „Kein Täter werden“ ausweiten
Drs. 18/18126, 18/19229 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

37. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Horst Arnold SPD
Unsere Verantwortung für die afghanischen Ortskräfte
Drs. 18/18208, 18/19359 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

38. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Christoph Skutella u.a. und Fraktion (FDP)
Wasserversorgung für unsere Kommunen sicherstellen – Übergangsfristen für RZWas 2018 ermöglichen
Drs. 18/18222, 18/19365 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

39. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP), Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zur Situation der Prostituierten in Bayern
Drs. 18/18232, 18/19230 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

40. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Landesschlichtungsstelle für Barrierefreiheit und Teilhabe
Drs. 18/18234, 18/19231 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

41. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Einführung einer Landesfachstelle Barrierefreiheit
Drs. 18/18235, 18/19232 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

42. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Regelmäßiger Bericht über das Projekt „Speisenanbieterbefragung“
Drs. 18/18236, 18/19233 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

43. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Jan Schiffers u.a. und Fraktion (AfD)
Corona mit Pflanzenkraft bekämpfen 1: Cannabis-Inhaltsstoffe nutzen
Drs. 18/18237, 18/19257 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

44. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Corona mit Pflanzenkraft besiegen 2: Wirkung von Bromelain erforschen
Drs. 18/18238, 18/19259 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

45. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Fachtagung „Digitalisierung zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung“
Drs. 18/18240, 18/19235 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

46. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Corona-Ausgangssperren unverhältnismäßig – zu Unrecht vereinnahmte Bußgelder unverzüglich zurückerstatten!
Drs. 18/18261, 18/19263 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

47. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Großelterntag, Wahlaufruf etc. – Bericht zur Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
Drs. 18/18262, 18/19360 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

48. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Deutschlandtakt auch für Bayern! Vier Gleise zwischen Pasing und Eichenau!
Drs. 18/18263, 18/19240 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

49. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Christian Klingen u.a. AfD
Shisha-Bars – gesundheitliche Risiken offenlegen
Drs. 18/18375, 18/19260 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

50. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geplanter Landestarif
Drs. 18/18378, 18/19241 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

51. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gemeinsam gegen die Klimakrise: Innovation durch Kooperation-Ausbau kommunaler Klimapartnerschaften
Drs. 18/18480, 18/19353 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	ENTH

52. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Martina Fehlner u.a. SPD
Wechsel im Kanzleramt in Wien:
Neustart für die bayerisch-österreichischen Beziehungen
Drs. 18/18489, 18/19227 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	ENTH	Z	A

53. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU
Evaluation der Vereinigung der Pflegenden in Bayern
Drs. 18/18495, 18/19261 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

54. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u.a. SPD
Verbindliche 3G-Regelungen bei Beerdigungen und 3G-Empfehlungen für religiöse Veranstaltungen
Drs. 18/18498, 18/19262 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	Z

55. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Für Pressefreiheit und Medienpluralismus in Europa kämpfen
Drs. 18/18671, 18/19264 (G)

auf **Antrag der FDP-Fraktion** Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 25.01.2022 **Drucksache** 18/**19845**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang, Uli Henkel, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/**18120**, 18/**19234**

Ermöglichung nötiger Investitionen in bayerische Infrastruktur, Bildung und Forschung mit einem Deutschlandfonds

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Gerd Mannes
Abg. Josef Zellmeier
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Barbara Fuchs
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Christian Klingen
Abg. Harald Güller
Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 8** auf und bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen.

Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang u. a. und Fraktion (AfD)
Ermöglichung nötiger Investitionen in bayerische Infrastruktur, Bildung und Forschung mit einem Deutschlandfonds (Drs. 18/18120)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist der Kollege Gerd Mannes von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, ihre Plätze wieder einzunehmen. – Herr Mannes, Sie haben das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Staatsregierung rühmt sich gerne damit, dass Bayern ein moderner Industriestandort ist. Ministerpräsident Söder tut so, als hätte er höchstpersönlich ein Wirtschaftswunder vollbracht. Der Freistaat steht aber wirtschaftlich nicht wegen, sondern trotz der Politik der Staatsregierung immer noch verhältnismäßig gut da.

Es ist das Verdienst der innovativen Unternehmer und deren Mitarbeiter, dass sich Bayern in vielen Bereichen Weltspitze nennt. Die Kartellparteien sind in diesem Zusammenhang eher Bremsklotz als Motor. Das zeigt sich auch im Bereich Infrastruktur, ohne die ein Industriestandort nicht funktioniert.

Der Investitionsstau im Zuständigkeitsbereich der Regierung muss mittlerweile als katastrophal bezeichnet werden. Einige Beispiele dazu: Die Hälfte unserer Autobahnbrücken ist über 50 Jahre alt. Die Verfügbarkeit von Glasfaseranschlüssen nach FTTB-Prinzip liegt im ländlichen Bereich bei 6 %. Im EU-Durchschnitt sind es 18 %. Gerade

die CSU wirft gerne mit Begriffen wie Hightech oder Innovation um sich.Gleichzeitig ist das Umland größerer Städte immer noch ein einziges Funkloch. Es ist höchste Zeit, die sich anbahnende Infrastrukturkrise anzugehen und wirksam gegenzusteuern. Deutschland braucht einen Investitionsfonds. Seine Aufgaben sind die Steigerung und Verstetigung staatlicher Investitionen in Infrastruktur. Dieser Fonds entspräche den Vorschlägen des wissenschaftlichen Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums.

Auch führende Wirtschaftsinstitute wie das Ifo-Institut schlagen einen derartigen Fonds vor. Studien des IW Köln belegen, dass alleine für den Freistaat Bayern bis 2030 eine staatliche Investitionslücke von bis zu 80 Milliarden Euro besteht. Studien zeigen auch, dass das bayerische Wirtschaftswachstum ohne diese Investitionen mittelfristig auf unter 1 % sinken würde. Wir befinden uns also bereits mitten in einer hausgemachten Krise, die sich verheerend auf unsere zukünftige Wettbewerbsfähigkeit auswirkt.

Ihnen allen hier fällt das anscheinend nicht auf; der Verfall der Infrastruktur geschieht schleichend. Einige im Plenum würden ihn wohl erst bemerken, wenn Autobahnbrücken einstürzen oder Hörsäle an Universitäten durch Rohrbrüche geflutet werden. Damit es nicht so weit kommt, widmet sich die AfD dieser Problematik.

Mit unserem Antrag fordern wir die Einrichtung eines Deutschlandfonds für Infrastruktur. Modellrechnungen zeigen, dass die Mehrinvestitionen eines solchen Fonds das Wachstum des bayerischen Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahrzehnt um 1,4 % jährlich anheben würden. Regelmäßige Investitionen in Straßen, Netze und Schulen sind die Grundlage für die gute Zukunft unseres Freistaats. Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Josef Zellmeier von der CSU-Fraktion. – Herr Zellmeier, Sie haben das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag liest sich auf den ersten Blick gut, ein bisschen plakativ und populistisch, aber er ist nicht so gut, wie er scheint. Natürlich sind Investitionen gerade in der jetzigen Zeit grundsätzlich sinnvoll und positiv; allerdings ist der Ansatz, einen Deutschlandfonds zu schaffen, bei dem ein zentraler Investitionsrat entscheidet, völlig fehlgeleitet.

Wir Bayern haben immer das Selbstbewusstsein gehabt, dass wir die Dinge besser können. Wenn uns der Bund das Geld gibt, um zu investieren, nehmen wir es gerne, aber wir würden ungern erleben, dass andere über uns entscheiden, dass wir wieder Mehrheiten haben, durch die die Gelder dorthin fließen, wo es in der Vergangenheit Fehler und Defizite gab und wo nichts Kreatives geschaffen wurde, wie es in Bayern der Fall war.

So eine zentrale Einrichtung lehnen wir kategorisch ab; das Geld müsste in Bayern verteilt werden und nicht wie eine Art zweiter Länderfinanzausgleich, von dem wieder Bestimmte profitieren, die in der Vergangenheit nicht richtig gewirtschaftet haben. In Bayern haben wir eine Investitionsquote von 15,9 %; das ist mehr als in allen anderen westlichen Bundesländern. Multipliziert man die 11,3 Milliarden Euro mit 10 Jahren, wären wir bei 113 Milliarden Euro. Das ist mehr, als wir bei einem Deutschlandfonds bekämen, auch wenn wir nach dem Königsteiner Schlüssel verfahren und nicht benachteiligt würden.

Wir brauchen das in dieser Form also nicht; wir brauchen in Bayern eigene Entscheidungen und keinen bundeseinheitlichen Brei, der uns noch nie weitergebracht hat. Mit unserer Arbeit waren wir immer selbst kreativ genug und brauchen nicht die Belehrungen eines Deutschlandfonds. Die Schuldenbremse würde damit auch umgangen: Ein Fonds, der eigene Kredite aufnehmen soll, klingt ganz danach. Auch das lehnen wir ganz entschieden ab.

Im Übrigen enthält auch die Begründung des Antrags inhaltliche Fehler. So wird davon gesprochen, dass drei Viertel der bayerischen Unternehmen Infrastrukturprobleme

haben oder beeinträchtigt werden. Das ist so nicht zutreffend; das Institut der deutschen Wirtschaft spricht von 13 % in Bayern. Auch das ist wieder typisch für Bayern: Wir sind hier deutlich besser als die anderen aufgestellt und wollen das auch in Zukunft bleiben.

Die kommunalen Finanzen sind in Bayern auch wesentlich besser als in anderen Bundesländern; nur um einen Vergleich zu ziehen: Im Saarland haben wir Kassenkredite von 2.073 Euro pro Einwohner, während wir in Bayern nur 14 Euro pro Einwohner haben. Auch in diesem Bereich ist Nachhilfe also nicht notwendig, denn es hilft nicht, wieder gerade die Länder zu unterstützen, die im Länderfinanzausgleich deutlich von uns profitieren.

In diesem Sinne lehnen wir den Antrag ab, und ich bitte das Haus, das geschlossen zu tun.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke, Herr Zellmeier. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult; es gibt noch eine Zwischenbemerkung vom Herrn Abgeordneten Bergmüller von der AfD.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Haushaltspolitiker Zellmeier von der CSU, wenn Sie davon sprechen, dass hier versteckte Nebenhaushalte existieren, frage ich mich, was der Freistaat Bayern eigentlich mit dem BayernFonds gemacht hat. Es soll nicht so aussehen, als würden Sie Maßnahmen in Bayern gutheißen, einen Deutschlandfonds als Infrastrukturfonds aber für schlecht halten.

Nach Ihrem Selbstverständnis als bayerische Staatspartei haben Sie immer die Impulse für Deutschland gesetzt; nun sagen Sie indirekt, dass Sie den Investitionsstau in Bayern lösen. Der Investitionsstau bei Brücken und Infrastruktur ist unstrittig; ich glaube, da stimmen Sie mir zu. Wo wollen Sie das denn aufarbeiten, wenn das über den

Staatshaushalt nicht geht? Wir sind uns völlig einig, dass die Schuldenbremse einzuhalten ist.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Bergmüller, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Franz Bergmüller (AfD): Dieses Mittel wurde von Ihnen mit dem BayernFonds schon kreiert. Deshalb frage ich Sie: Wie würden Sie es denn machen?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Zellmeier.

Josef Zellmeier (CSU): Kollege Bergmüller, wenn man das Thema aufgreifen will, sollte man den Länderfinanzausgleich ins Auge fassen. Unser Finanzminister hat erst vor Kurzem gesagt, wie stark wir weiterhin einzahlen: 9 Milliarden Euro sind ein gewaltiger Betrag; das sind 60 % des gesamten Länderfinanzausgleichs. Entscheiden wir in Bayern, wo das eingesetzt wird, dann werden wir auch entsprechend unserer Wirtschaftskraft profitieren.

Vom Deutschlandfonds würden doch wieder die Länder profitieren, in denen es am meisten fehlt, und das ist nicht Bayern. In Bayern haben wir die beste Situation. Dieser Deutschlandfonds wird nicht zu unseren Gunsten ausfallen, sondern es wird wieder ein Hilfsfonds für die Länder sein, die ihre Aufgaben nicht gemacht haben, und das lehnen wir ab.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Vor der nächsten Rednerin gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD) betreffend "Innovative Sonderwirtschaftsregionen in Bayern einführen!", Drucksache 18/18118, bekannt. Mit Ja haben 10 und mit Nein 90 Abgeordnete gestimmt; niemand hat sich seiner Stimme enthalten. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Die nächste Rednerin ist die Kollegin Barbara Fuchs von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleg*innen! Der Antrag fordert einen Deutschlandfonds auf Bundesebene zur Stärkung von Infrastruktur, Bildung und Forschung. Richtig und unbestritten ist, dass Investitionen in die Infrastruktur notwendig sind. Als Haushaltspolitiker*innen wissen wir aber, dass die Schaffung eines Fonds nicht auch automatisch Geld zur Verfügung stellt.Nun können wir Sie beruhigen; denn die neue Bundesregierung – also auch unser Bundeswirtschaftsminister – unternimmt bereits die ersten Schritte, um für die gesamte Bevölkerung und unsere Unternehmen eine zukunftssichere und resiliente Infrastruktur sicherzustellen.

Blicken wir kurz auf Bayern. In den nächsten Wochen stehen die Haushaltsberatungen an. Wir können an dieser Stelle nur auf die Vernunft der Staatsregierung setzen, nicht das gesamte bayerische Steuergeld für neue Straßen und Glückwunschschreiben der Staatskanzlei auszugeben, sondern langfristig zu denken. Die Änderungsanträge meiner Fraktion zum Haushalt werden genügend Denkanstöße liefern. Diesen Antrag lehnen wir natürlich ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister! Liebe Frau Kollegin Fuchs, ich finde es bemerkenswert, dass Sie die Vernunft der Staatsregierung preisen. Merken Sie sich das bis zur Zweiten Lesung des Haushalts. Das ist sicherlich sehr wohltuend.

Jetzt komme ich zum Antrag der AfD. Ich wollte eigentlich spöttisch sagen: Sie haben den Deutschlandfonds mit dem BayernFonds verwechselt. Dann sagte aber Kollege Bergmüller gerade: Na ja, was ist da so schlecht am Deutschlandfonds; wir haben ja den BayernFonds. Nun, der BayernFonds ist ein Instrument zur Rettung von Unter-

nehmen in der Corona-Krise. Das ist also etwas ganz anderes als das, was Sie hier fordern.

Ich kann es relativ kurz machen, weil Kollege Zellmeier das Wesentliche schon gesagt hat. Wer profitiert denn von einem solchen Deutschlandfonds, wenn man einen solchen Infrastrukturfonds auflegt? Ich blicke jetzt in die Runde. Jeder von uns müsste, wenn er in Berlin Verantwortung tragen würde, natürlich dort hinschauen, wo die Not am größten ist. Kollege Mannes, ich habe jetzt keine Bedenken, dass in Bayern irgendwelche Autobahnbrücken unmittelbar vor dem Einsturz stünden, übrigens auch nicht in den anderen Bundesländern. Die Straßeninfrastruktur ist in Bayern aber wesentlich besser als zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungs- und autobahnreichsten Land. Im Übrigen: Wer ist denn für die Finanzierung der Autobahnen zuständig? – Das kann der Bundesverkehrsminister von der FDP doch kraft Ressortzuständigkeit machen. Er muss sich halt bei seinem Parteifreund, dem Finanzminister, für den Verkehrshaushalt etwas mehr Finanzmittel besorgen.

Der Deutschlandfonds ist also, wenn er denn Sinn machen würde, sicher nichts, wovon Bayern profitiert. Damit ist er für den Bayerischen Landtag als Initiative im Bundesrat völlig ungeeignet.

Ganz nebenbei muss ich am Schluss jetzt schon noch loswerden: Was mich bei Ihnen immer wieder reizt und wirklich ärgerlich macht, ist der blöde Nachsatz, man kann das dann durch die Reduzierung von Integrationsmaßnahmen gegenfinanzieren. Erstens sind für die Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge und Migranten in erster Linie die Länder zuständig. Zweitens finde ich das wirklich schäbig und auch kurzsichtig gedacht. Wenn Menschen hierherkommen, ist es doch in unser aller Interesse, dass sie sich hier gut integrieren, dass sie Bestandteil dieser Gesellschaft werden. An dieser Stelle zu sparen, dazu kann ich nur sagen: Das hat nichts mehr mit Populismus zu tun, das ist die Bedienung niederer Instinkte. Es ist aber auch in der Sache schlichtweg dumm und falsch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Christian Klingen gemeldet.

Christian Klingen (AfD): Sie haben gerade gesagt, die Infrastruktur wäre so toll. Das merke ich nicht, wenn ich von Unterfranken hierher fahre. Da gibt es an den Autobahnen und auch an den Landstraßen noch viel zu tun.

Sie haben behauptet, es wäre noch nie eine Autobahnbrücke eingestürzt. Bei Bauarbeiten hat es in Unterfranken einen bösen Unfall gegeben; ein Stück der Autobahnbrücke ist eingestürzt.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Klingen, Sie hören nicht zu. Erstens weiß ich das, weil das in meinem Heimatort Werneck passiert ist.

Zweitens. Schauen Sie sich die Infrastruktur in Unterfranken an! Fahren Sie bitte die A 3 von Würzburg nach Frankfurt. Bis Aschaffenburg ist diese neu gebaut; sie ist toll. Hinter Aschaffenburg ist sie nicht mehr so toll. Da werden Sie mir sicherlich recht geben.

Ich habe auch nicht gesagt, dass die Infrastruktur in Bayern perfekt ist. Wenn sie perfekt wäre, müssten wir nichts in die Infrastruktur investieren. Ich sehe mir die Autobahnen an. Die A 71 und die A 73 nach Thüringen sind Top-Autobahnen. Wir haben in die A 9 investiert. – Okay, zwischen Regensburg und Passau müssen wir noch etwas tun. Okay, bei der Bahn müssen wir im Dieselloch Allgäu etwas tun. Dies liegt aber auch in Bundeszuständigkeit. Ich habe nicht gesagt, dass in Bayern alles perfekt ist. Im Vergleich zu anderen Bundesländern stehen wir aber perfekt da. Deswegen würden wir von diesem Deutschlandfonds nicht profitieren, sondern wir wären die Verlierer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Harald Güller von der SPD-Fraktion.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich muss leider nahtlos an die Diskussion anschließen, die wir gerade vorhin über den Antrag der AfD zu den Sonderwirtschaftsregionen geführt haben, die dann kurz zu Sonderwirtschaftszonen umdefiniert worden sind.

Zum Deutschlandfonds und der Aussage, das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln und der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hätten sich für die Einsetzung eines solchen Fonds ausgesprochen: Haben Sie sich über eine billige Google-Recherche hinausgehend dieses Thema überhaupt angesehen? Haben Sie sich angesehen, was das IW mit 450 Milliarden Euro in der Bundesrepublik Deutschland machen möchte? Haben Sie sich angesehen, welche Vorschläge der Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium macht? – Von Identität ist da wirklich gar nichts zu merken. Sie packen das aber in einen Satz hinein, und dann wird es halt schnell mal ein Deutschlandfonds.

Zum Thema Fonds haben die Kollegen bereits einiges ausgeführt, und zu der Frage, ob wir als Freistaat Bayern daran wirklich so stark partizipieren können. Das ist aber auch eine Diskussion, die im Deutschen Bundestag mit zu führen ist. Da die neue Ampelkoalition massive Investitionen vorsieht, müssen wir natürlich über unsere Bundestagsabgeordneten darauf achten, dass die entsprechenden Mittel partiell auch nach Bayern gehen.

Ein Weiteres: Als Bayerischer Landtag haben wir eine Aufgabe. Natürlich ist die Infrastruktur auch in Bayern nicht überall perfekt – das hat übrigens Kollege Pohl auch überhaupt nicht behauptet. Deswegen behandeln wir in den nächsten Wochen in diesem Hause einen bayerischen Staatshaushalt mit über 70 Milliarden Euro. Wir werden uns noch darüber auszutauschen haben, in welchen Infrastrukturbereichen wir mehr oder weniger Ausgaben zu tätigen haben. Das werden wir in diesem Hause auch ma-

chen. Ich bin mir auch sicher, dass wir noch die eine oder andere konstruktive Diskussion darüber führen werden, was für die Menschen in Bayern und für unser Land nötig ist.

Einen Deutschlandfonds in dieser Form in Berlin anzustoßen ist erstens nicht notwendig und zweitens für den Freistaat Bayern nicht unbedingt zielführend. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion. – Herr Kaltenhauser, bitte.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt soll es also ein Deutschlandfonds richten. Ich brauche nicht zu wiederholen, was vorhin schon gesagt wurde, nämlich ob Bayern bei dieser Konstruktion überhaupt so gut wegkäme oder unter dem Strich, wenn man sauber rechnet wie beim Finanzausgleich, am Schluss noch mehr Geld abgeben würde, als es bekommen würde.

Ich finde es interessant, dass die Investitionen laut Antrag in Infrastruktur und Humankapital gehen, was immer damit gemeint ist. Vielleicht nur Bildung?

(Zuruf)

Dann ist es sowieso ein Länderthema. In dem Zitat vom IW stehen zwei Sachen drin: Da steht auf der einen Seite "Geld"; auf der anderen Seite steht vor allem "Hemmnisse abbauen". Das ist ein ganz besonderes Thema. Das können wir im Bund und in Bayern genauso machen. Das sind also alles Themen, bei denen wir diese Konstruktion nicht brauchen.

Grundsätzlich: Wenn der Deutschlandfonds über die Infrastruktur hinaus irgendwo investieren würde, muss ich sagen: Schauen Sie sich mal an, wo die Investitionen in

Deutschland wirklich herkommen. Die Staatsinvestitionen bewegen sich im kleinen Bereich. Das Allermeiste kommt von Unternehmen und von Personen. Rund 10 % ist die letzte mir bekannte Zahl. Den Vorschlag, jetzt noch jemanden zu brauchen, der uns wirtschaftlich unterstützt, vergessen wir. Wenn ich mir das alles anschaue, weiß ich nicht, wofür der Deutschlandfonds gut sein soll, außer dass er das Risiko birgt, dass Geld aus Bayern abfließt.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die Fraktionen der FDP, der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Ende dieses Sitzungstags angekommen. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche einen schönen Abend.

(Schluss: 20:31 Uhr)